

Dresdner Neueste Nachrichten

Einzelgenpreise: Einzelhefte: bis 22 mm breite mit 1000
Anzeigenstellen 16 R.-M., Nr. 79 im breiten
mit 1000 Stellen 1.40 R.-M., Inhalt nach Klasse B. Einzelgenpreise
Dr. 2. Druckgebühr für Zusatzenanzeigen 30 R.-Pf. zusätzl. Porto. Für
Werbung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch 2,00 R.-M.
Zinsen und sonst unrentlich.
Postbezug für den Monat 2,00 R.-M., einschließlich 0,46 R.-M. Postgebühren
(ohne Zustellungsgebühr). Kreuzpostsendungen: Für die Woche 1,00 R.-M.
Einzelnummer 15 R.-Pf., außerhalb West-Dresdens 20 R.-Pf.

Druckerei: Dresden-N. 1. Postfach - Fernruf: Dr. 1271 - Fernverleihe 24601, Fernverleihe 14194, 20024, 27981 - 27983 - Teleg.: Dresde Dresden - Berliner Schriftleitung: Viktorstr. 1a; Fernruf: Kurzfür 9361 - 9366
Postfach: Dresden 2000 - Nichterlangte Anzeigen ohne Rücksicht werden wieder zurückgeschickt und aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Leseger keine Anspruch auf Nachlieferung oder Ersatzung des entsprechenden Zeitraumes

Nr 168

Sonntag, 22. Juli 1934

42. Jahrgang

Strengste Ahndung jeden Rechtsbruchs

Ein englisch-italienisches Kolonialabkommen - Noch keine Klärung der französischen Rabinettskrise

Ein Erlass des Reichsjustizministers

DNB, Berlin, 21. Juli. (Durch Justizspruch) Der Reichsminister der Justiz, Dr. Günter, hat am 21. Juli 1934 folgenden Erlass an alle deutschen Justizbehörden erlassen:

„Durch die Niederlegung der hoch- und landesverwaltlichen Angelegenheiten auf die Vollstreckungsstufe vom 30. Juni, 1. und 2. Juli 1934 ist die innere Kraft des Reiches geschwächt und gefährdet worden. Weßhalb ist die Verantwortung für die weitere Arbeit der Reichsregierung am Wiederaufbau des Reiches, das die Achtung vor dem Gesetz, die der Reichsführer als oberster Führer der NS. in seinem Befehl an den Chef des Reiches der NS. vom 20. Juni 1934 von den NS-Führern gefordert hat, auch für jeden Volksgenossen das oberste Gesetz, insbesondere gegen jede strafbare Handlung, einschließlich des...

suchen. Die Reichsjustiz darf sich dabei von keinerlei Rücksichten auf die Person des Beschuldigten leiten lassen; sie dient allein dem Wohl des Volkes und der Gerechtigkeit. Es ist die Pflicht der Justiz, auf den Gang des Rechtsverfahrens Einfluß zu nehmen, das nachdrücklich zurückzuweisen und als bald den vorgeschriebenen Behörden zu melden. In keinem Falle dürfen sie den ordnungsgemäßen Fortgang des Verfahrens, insbesondere die sachgemäße Durchführung der Ermittlungen, verzögern. Bei allen Maßnahmen ist eines besonders zu beachten: Der geschwundenen Stellung des Führers eines solchen Amtes, eines Führers oder Unterführers entsprechen erhöhte Pflichten. Wer sie verletzt, wer insbesondere als Amtsträger oder Führer sich gegen das Gesetz, als Amtsträger, Ausschreitungen begeht oder sich sonst bei ihm gefahren Verstoßen unzulässig erweist, ist nachdrücklich und unmissverständlich zu verurteilen. Die Vollstreckungsstufe darf erweisen, daß die Strafe, die gegen ihn verhängt wird, nach Art und Maß der geschwundenen Stellung des Beschuldigten Rechnung trägt.“

Von Sonntag zu Sonntag

Was im Ausland geschah - Ein Querschnitt durch die Weltpolitik der Woche

„Nach uns die Sintflut...“

Die großen diplomatischen Sommerferien liegen diesmal trotz der langandauernden Hitze, die über Europa liegt, später ein als gewöhnlich. Auch die heute zu Ende gehende dritte Juliwoche war noch erfüllt von Beratungen und Besprechungen über den Nordostpakt, den der französische Außenminister Barthou plötzlich aus dem Nichts herausgebracht und den er jetzt mit der sogenannten moralischen Unterstützung Englands und Italiens Deutschland zur Annahme vorgelegt hat. Ueber die Bedeutung dieses Nordostpaktes und die Gefahren, die er vor allem in seiner letzten Form für Deutschland mit sich bringt, ist an dieser Stelle bereits ausführlich gesprochen worden. Die hinter Barthou stehende französische Presse tut so, als ob dieser Nordostpakt eine Art Preisfakt für den Friedenswillen Deutschlands sein sollte. Und einige englische Zeitungen hatten sich in den ersten Tagen nach Sir John Simons Unterhansrede diesen Standpunkt ebenfalls zu eigen gemacht.

Das Ziel und der Weg

Unterdessen ist man in England schon festlicher geworden und niemand in London erwartet wohl noch, daß Deutschland ohne weiteres zu den Abmachungen Ja und Amen sagen wird, die in London getroffen worden sind. Der Führer hat immer wieder in seinen außenpolitischen Reden eine geradlinige deutsche Friedenspolitik vertreten. Sein Zielversteher hat erst vor kurzem in Rönneburg diesen Friedenswillen noch einmal ganz besonders kräftig unterstrichen. Die deutsche Regierung will ebenso wie die französische den Frieden im europäischen Osten bewahren. Sie hat dies durch den Vertrag mit Polen erwiesen, der eine der wichtigsten Konflikthellen in Europa beseitigt.

Früher ist nur, ob die Wege, die Frankreich durch den Pakt zeigt, wirklich auch Wege zum Frieden sind. Ueber das Friedensziel sind wir uns einig, aber über die Wege zu diesem Ziel wird man wohl schon geteilt haben müssen, verschiedener Meinung zu sein, ohne deswegen als Friedenshörer zu gelten. Schließlich kann der Quoi d'Yvon für seine Fortschritte keine Unschicklichkeit für sich in Anspruch nehmen. Es gilt der Satz: „L'ultima locuta, causa finita“ - Paris hat gesprochen, die Sache ist erledigt - denn doch noch nicht.

So einfach, wie sich der Temps in seiner Ausgabe vom 19. Juli die Sache aufstellt, sind die Verhältnisse. Das Pariser Blatt erklärt an diesem Tage: „Die Deutschen geben vor, in ihrer Sicherheit bedroht zu sein.“ (Wunderwort: Frankreich ist kein in seiner Sicherheit bedroht und verlangt immer neue Pakte und Garantien, Deutschland aber lediglich vor, in seiner Sicherheit bedroht zu sein. Der Verf.) Man bietet ihm ergänzende neue gemeinsame Sicherheitsgarantien unter der Form eines gegenseitigen Verständnisses, der all sein Mißbehagen beistimmen muß. Wenn dieses Verständnis verwirklicht worden ist, wenn es einen Zustand geschaffen hat, der praktisch ein Hindernis gegen jeden Angriff beseitigt, dann wird man sehen können, welche neuen Momente sich ergeben werden für eine Prüfung der Gleichberechtigungfrage im Rahmen der Sicherheit, wie sie durch den Pakt organisiert wird.

„Rückwirkungen“

Aus dem diplomatischen Jargon ins Deutsche übertragen, heißt das: Deutschland soll erst den Pakt unterzeichnen, dann wird man sehen, ob man später auch etwas für seine Gleichberechtigung tun kann. Aber auch nicht sofort, sondern erst, wenn sich herausgestellt hat, daß der Pakt wirklich ein Hindernis gegen jeden Angriff ist. Die Bestimmung des Zeitpunktes, wann diese Prüfung eintreten soll, scheint man sich in Paris vorbehalten zu wollen. In London haben sich gewisse Kreise dabei, Deutschland zur Unterzeichnung zu bewegen, mit dem altbekannten und allerbekanntesten Argument: die Gleichberechtigung wird dann ganz von selbst kommen.

Aus der Erinnerung an die Tage von Locarno wissen wir aber ganz genau, wie lange die sogenannten „Rückwirkungen“ (Wirkungszeitraum), die am Tage der Unterzeichnung des Locarnopaktes in greifbarer Nähe zu sein schienen, nachher ausgeblieben sind und wie wir die Rückwirkungen doppelt und dreifach besolden mußten. Man kann von und also nicht verlangen, daß wir noch einmal in die gleiche

Walle gehen. Wir wollen den Frieden, aber einen Frieden der Ehre und der Würde, nicht einen Frieden, der auf neuer Anbeugung Deutschlands beruht, denn ein solcher Frieden wäre kein Frieden und würde nur zu neuen, endlosen Verwicklungen führen.

Und warum soll sich - um noch einmal an den Ausführungen des Temps zurückzuweisen - ausgerechnet Deutschland mit den ergänzenden und gemeinsamen Garantien des Nordostpaktes begnügen, während Frankreich trotz allen Paktens seine Rüstungen von Jahr zu Jahr und von Monat zu Monat verstärkt? Obwohl doch ein Blick auf die Landkarte genügt, um zu erkennen, daß innerhalb eines solchen Paktes Deutschlands Stellung weitaus gefährdeter wäre als die des an der Peripherie liegenden Frankreichs? Der unläugbare Nordostpakt, wie ihn Frankreich vorschlägt, schafft unabsehbare Möglichkeiten zu Verwicklungen, in denen der Pakt zur Anwendung kommen würde, und dann wäre das wehrlose Deutschland durch den Ausland und Operationsgebiet.

Frankreich und Rußland sind jederzeit in der Lage, Herrn D'Yvon eigenen Entschlüsse zu bleiben. Ein mehrfaches Deutschland wäre innerhalb dieses Paktes, soweit sein Inhalt bisher bekannt geworden ist, lediglich Objekt der französisch-russischen Politik. Es würde die Rolle eines Schales innerhalb einer Wollkugel spielen. Mit so allgemein gehaltenen und vieldeutigen Erklärungen, wie sie Sir John Simon in seiner Unterhansrede vorbrachte, läßt sich die Frage der Gleichberechtigung nicht lösen. Und diese Frage der Gleichberechtigung muß für Deutschland der Ausgangspunkt jeder außenpolitischen Unterhaltung sein.

Auf Befehl der Moskauer Zentrale

Es haben sich in der vergangenen Woche auch Stimmen in Frankreich erhoben, die vor den Folgen der Politik Barthous gewarnt haben. Die Stellung des Rabinett Doumergue ist in diesem Zusammenhang nicht mehr ganz unerklärlich. Der Vorstoß Tarbiers hat den Burgfrieden arg geschüttelt. Und zur Stunde weiß niemand, ob die sommerliche Hitze und die hieraus hervorgehende Ferienstimmung der Politiker das Rabinett noch einmal retten wird. Es ist unter diesen Umständen bezeichnend, daß im geführten Pariser Rabinett gerade Barthou Herrn Tarbier in der härtesten Weise angegriffen, denn der französische Außenminister steht durch die neuen Staatsbürokraten sein außenpolitisches Werk gefährdet.

Die innenpolitische Zukunft Frankreichs ist überhaupt völlig unklar. Diese Woche brachte eine sehr interessante Entwicklung auf dem linken Flügel der französischen Politiker zum Abbruch. Der Nationalrat der französischen Sozialisten nahm mit 3600 gegen 300 Stimmen das Bündnisangebot der französischen kommunistischen Partei an, das von dieser auf Befehl der Moskauer Zentrale plötzlich überreicht worden war. Man will zunächst am 1. August gegen den Krieg demonstrieren. Ob das neue Bündnis über derartige akademische Demonstrationen hinaus praktisch sehr, ausführlich und fruchtbar sein wird, muß nach den Erfahrungen mit der sogenannten marxistischen Einheitsfront in anderen Ländern bezweifelt werden. Die alten sozialistischen Parteiführer haben sich auf zur sehr widerstrebend an diesem Bündnis beteiligten. Sie bilden nicht ohne Bedauern auf seine Rückwirkungen, auf die heimbürgerlichen Massen des Südens und Südwestens Frankreichs, die bisher zum Teil sozialistisch waren, die aber nicht das geringste gemein haben mit Moskau über der Komintern.

Die Brandstiftung

Wieder war bei Wahlen die Sozialistische Partei mit der ersten linksradikalischen Gruppe der Radikalen Sozialisten zusammengekommen. Die Ereignisse der letzten Monate hatten diesem Bündnis, dem sogenannten „Cartel“, das allerdings nur noch bei Wahlen, kaum mehr im Parlament funktioniert, ein Ende gemacht. Die Radikalen, die durch den Staatsbürokraten ganz föhrendes formenmittler und bewegen zur Zeit fast hemisphärisch sind, werden also bei einer kommenden Wahl isoliert auf der rechten dem Angriff Tarbiers, auf der linken dem des neuen marxistischen Blocks ausgesetzt sein. Es ist nicht unbedenklich, daß Tarbier seinen eigenen Vorstoß gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten und jetzigen radikalen Parteiführer Doumergue in

Der gestörte Burgfrieden

Telegramm unfres Korrespondenten

H. Paris, 21. Juli

Der gestrige französische Rabinettstreffen, der zur Besprechung des Zwischenfalls Tarbier - Doumergue einberufen war und der über das Verhalten der radikalen Minister im Rabinett entscheiden sollte, hat kein Ergebnis gehabt.

Justizminister Cheron ist noch am Abend nach Tourneville gereist, wo er dem Ministerpräsidenten Doumergue Bericht erbracht hat. Im geführten Rabinett hat ergriffen zunächst Herriot das Wort, um wie es heißt, „mit Würde und Würde“ darzulegen, daß die radikale Partei sich durch die Angriffe Tarbiers direkt getroffen fühle. Tarbier habe nicht nur die Person Choumpeux, sondern auch die Partei angegriffen. Unter solchen Umständen sei es ihm, dem Staatsminister und Parteiführer, nicht möglich, der Regierung die Gewissenhaftigkeit zu geben, daß seine Parteigänger noch weiter für Doumergue stimmen würden. In Erwiderung auf Herriot ergriff Tarbier das Wort. Er betonte, daß er vor der parlamentarischen Untersuchungskommission ein einfacher Zeuge, ein einfacher Bürger, nicht aber ein Minister gesprochen habe. Er habe auch keineswegs die Absicht gehabt, die radikale Partei anzugreifen. Wäher war die Rabinettbesprechung ruhig verlaufen, wenn die Stimmung auch eifrig war. Zum Schluß wäre es aber doch noch notwendig zum Ausdruck gekommen. Denn nun ergriff der Außenminister Barthou das Wort.

Bei einer Nebenbesprechung mit einem Temperamenten sonderlichen griff Barthou Tarbier an.

Er warf ihm vor, daß er mit seinem Vorstoß die soziale Bewegung geschwächt habe, und daß es wirklich nicht angebracht gewesen sei, mit diesem radikalen Staatsbürokraten die außenpolitischen Positionen Frankreichs erneut zu erschüttern. Ob seine so schwere außenpolitische Verantwortung im Ganzen, das Frankreich wirklich alles aufhalten möchte, um seine Geschlossenheit und Einheit zu bewahren. Nur mit Mühe gelang es nach diesem Vorstoß Barthous, den äußeren Frieden unter den Ministern aufrechtzuerhalten.

Was nun weiter geschehen soll, weiß zur Stunde niemand.

Wichtigste gellend ist Doumergue, die Wochen zu warten. Wenn nicht, so ist man in verschiedenen Kreisen der Meinung, daß Tarbier und Herriot zurücktreten. Die fünf übrigen radikalen Minister aber würden im Interesse der Aufrechterhaltung der nationalen Union im Rabinett verbleiben, um weiterhin als „Rabinett“ ihre Ministerrollen zu verwahren. Ob aber Doumergue diese gewaltsame Überwindung ins Auge fassen will, wird als sehr fraglich angesehen. Auf jeden Fall werden man zunächst einmal Zeit zu gewinnen. Inzwischen dauern die Werksaktionen an. Die Minister selbst haben das große Interesse, die „Republik Union“ aufrechtzuerhalten, denn, sie

wissen genau, daß die breite Volksmasse nicht nur jede Renonanzpolitik ablehnt, sondern auch besonders eine Krise zur Rettung des von Tarbier verhängten Vorkriegs Choumpeux.

Wieder einmal steht also das Interesse der Politiker und der Parteien im schärfsten Widerspruch zum allgemeinen Volkswillen.

Daher sucht man an offizieller Stelle zu erklären, daß man doch sehr, nachdem Doumergue den „künstlichen“ Parteienfrieden eingeführt hat, doch auch den „natürlichen Parteienfrieden“ der Sommerferien innehalten müsse. Als Parlamentarier haben Verständnis und Thermometer und Barometer lassen diese Beobachtung verständlich erscheinen.

Ein Nordafrika-Vertrag

Telegramm unfres Korrespondenten

A. London, 21. Juli

Von englischer Seite sind in den letzten Monaten offiziell, wenn auch in zurückhaltender Form, häufig igebeziehungen englisch-italienischen Kolonialverhandlungen bekannt worden. Gemein wissen die englischen Blätter mitzuteilen, daß zwischen der englischen und der italienischen Regierung sowie auch mit Kappellen ein Abkommen über die westafrikanische Grenzregion zwischen Tripolis sowie dem anglo-ägyptischen Sudan zustande gekommen ist. Gemein morgen berichtet die englische Presse nur ganz knapp über die jetzt zu Ende geführten Verhandlungen.

Der Streitpunkt war das Gebiet um die Oase Siwa. Bereits im Krieg war Siwa von ägyptischen Truppen besetzt. Es war bestritten, ob dieses Gebiet Ägypten oder dem Sudan ausgeteilt werden sollte. Nun wurde die Frage erst wieder, im Jahre 1931, als die Italiener die Oase Siwa besetzten. Nach der Sicherung der italienischen Herrschaft in Siwa mußte Siwa an Ägypten für die Italiener eine wertvolle Basis für einen weiteren Vorstoß nach Süden sein.

Fransösische Blätter wollten vor einigen Monaten wissen, daß es in der Nähe des Gebietes von Siwa ein Abkommen zwischen den beiden Regierungen gekommen sei. Englisherseite habe man sich darüber häufig in Schwärzen gefügt, die Richtung aber auch nicht demontiert. Sowohl man den Angaben der britischen Morgenblätter entnehmen darf, scheint auf Grund des jüngsten Notenwechsels die Oase Siwa an Italien ausgeteilt worden zu sein. Es bleibt abzuwarten, welche Zugeständnisse Italien an England gemacht hat. Unklar bleibt weiterhin, ob auch Verhandlungen über italienisch-Somaliland geführt werden und welches Stadium diese Verhandlungen erreicht haben.

wir aus billigen Preisen...
A
Str. 12
Johann-Str.
Monats...
Schmuck
G. GÄRTNER
Latur
erobe
See II.
leisch
27. an
20